



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 12.01.2012

Niederschrift

über die **20. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 09.01.2012, 16:30 Uhr bis 19:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

ab 17.00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	Vorsitz in Vertretung bis 17.00 Uhr
Herr Axel Kaske	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Herr Ulrich Breite	FDP	zu TOP 10.1.1 in Ver- tretung von Herrn Sterck
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	in Vertretung für Frau Wolter bis 18.00 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Herr Hans Dieter Körber
Frau Christine Kronenberg
Herr Hans-Joachim Mohr
Frau Sabine Möwes
Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger
Herr Gregor Timmer

Gäste

Herr Jürgen Fenske
Herr Dr. Jörg Holzhäuser

Schritfführerin

Frau Maria Lange

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Judith Wolter

pro Köln

vertreten durch Herrn
Uckermann

Verwaltung

Herr Ralf Huttanus

Herr Börschel eröffnet in Vertretung von Oberbürgermeister Roters die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Herr Oberbürgermeister Roters kommt später zur Hauptausschusssitzung, da er Frau Bundeskanzlerin Merkel auf der Jahrestagung des Beamtenbundes trifft.

Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung um folgende Punkte ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil

- 4.1.3 Aufweitung der Eisenbahnüberführungsbauwerke Luxemburger Straße und Zülpicher Straße
5139/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10.1.2 Erwerb der Liegenschaften der Savor GmbH & Co. Objekt Kalk KG
5264/2011

Außerdem wird Herr Stadtdirektor Kahlen über die Umsetzung des Konjunkturpakets II informieren.

Herr Granitzka beantragt, TOP 4.1.1 „Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B“ von der Tagesordnung zu nehmen. Vor drei Wochen sei erst ein ablehnender Beschluss des Rates zu diesem Thema gefasst worden und seit dem hätte sich in der Sache nichts geändert. Er wünscht eine abschließende Beratung in der nächsten Ratssitzung.

Herr Frank bittet, den Antrag auf der Tagesordnung zu belassen, da es in der Ratssitzung am 20.12.2012 eine grundsätzliche Mehrheit für die Erhöhung der Grundsteuer gegeben habe. Die dann erfolgte Ablehnung sei aus den unterschiedlichsten Motivlagen heraus erfolgt. Der Hauptausschuss sei zudem ein adäquates Gremium für die Beschlussfassung zu dieser Vorlage.

Herr Börschel lässt über den Absetzungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und pro Köln abgelehnt.

Herr Sterck beantragt, TOP 10.1.1 „SKI Standort Köln-Immobilien GmbH & Co. Projekt Butzweilerhof KG / Butzweilerhof Verwaltung GmbH“ von der Tagesordnung zu nehmen, da die Zahlen in der Vorlage nicht stimmig seien. Frau Stadtkämmerin Klug erklärt, dazu im nicht öffentlichen Teil Stellung nehmen zu wollen.

Frau Moritz bittet darum, erst bei Behandlung des Tagesordnungspunktes im nicht öffentlichen Teil darüber zu entscheiden, ob die Vorlage nicht behandelt wird. Sie will erst die Informationen von Herrn Sterck und Frau Stadtkämmerin Klug zu diesem Thema hören.

Herr Börschel lässt über den Absetzungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt.

TOP 4.1.1 und 10.1.1 bleiben somit auf der Tagesordnung.

Der Hauptausschuss legt die Tagesordnung demnach wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Akteneinsicht in die Unterlagen zu den Grundstücksverhandlungen Causemannstraße 5 in Köln-Merkenich 4574/2011

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B 5268/2011

4.1.2 Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Einführung eines verbundweiten SozialTickets 5153/2011/1

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zur Verwaltungsvorlage Verkehrsverbund Rhein Sieg: Einführung eines verbundweiten Sozialtickets, Drucksache 5153/2011/1 AN/0010/2012

4.1.3 Aufweitung der Eisenbahnüberführungsbauwerke Luxemburger Straße und Zülpicher Straße 5139/2011

- 4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

II. Nichtöffentlicher Teil

6 Mitteilungen

- 6.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

I. Öffentlicher Teil

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 8.1 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Dringlichkeitsvorlagen

- 10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 10.1.1 SKI Standort Köln-Immobilien GmbH & Co. Projekt Butzweilerhof KG / Butzweilerhof Verwaltung GmbH
5231/2011

- 10.1.2 Erwerb der Liegenschaften der Savor GmbH & Co. Objekt Kalk KG
5264/2011

- 10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Personalien

12 Sonstige allgemeine Vorlagen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

Herr Dr. Holzhäuser informiert über den Sachstand zur Bergungsbaugrube mit südlicher Erweiterung anhand der als Anlage 1 beigefügten Präsentation. Herr Fenske berichtet danach über den Baufortschritt der einzelnen Haltestellen der Nord-Süd Stadtbahn anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation.

Herr Streitberger kündigt für Anfang Mai eine letzte Vorlage zu einer Kostenerhöhung an, die sachlich eher der Beweissicherung zu zuschlagen ist. Zu der 3. Baustufe ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden. Zurzeit wird der Fachplaner für die Gesamtplanung ausgewählt. Mit dem bereits beauftragten stadtplanerischen Fachplaner werden jetzt die wesentlichen Eckpunkte festgelegt, die den Gremien in Kürze vorgelegt werden.

Die 3. Baustufe wird voraussichtlich 2015/2016 beginnen und diese Bauphase wird ungefähr zwei Jahre dauern.

Herr Börschel bedankt sich für die konzentrierten und gerafften Berichte.

Er übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Oberbürgermeister Roters.

Informationen zum Konjunkturpaket II:

Herr Stadtdirektor Kahlen stellt dar, dass die Verwaltung, wie vom Rat gewünscht, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II bis auf 299.567 € bis zum Ablauf der Frist Ende 2011 nutzbar gemacht hat. Die regionale Wirtschaft hat ebenso profitiert wie die Menschen in Köln. 224 Projekte sind breit gestreut gefördert worden. Schwerpunkte waren Investitionen in die Bildungsstruktur, vielfach gekoppelt mit energetischer Sanierung, Modernisierung der IT-Ausstattung von 26 Schulen, barrierefreier Zugang zu den Museen, Flüsterasphalt für zwei hoch belastete Hauptstraßen. Einzelheiten kann man aus der in der Sitzung verteilten Abschlussbericht entnehmen.

Herr Stadtdirektor Kahlen dankt als Personaldezernent allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ämtern und Dezernaten, dass diese Zusatzaufgabe mit einem Höchstmaß an Engagement und ohne zusätzliches Personal durchgeführt wurde. Damit wurde es möglich, - trotz anfänglicher bürokratischer Hemmnisse von außen- alle Mittel abrufen zu können. Er sieht die Chance, dass aus den Erfahrungen dieser Abwicklung auch zukünftig die Abläufe bei Vergaben optimiert werden können.

Herr Oberbürgermeister Roters hofft aufgrund der guten Erfahrungen, die mit dem Konjunkturpaket II gemacht wurden, dass auf diesem Weg weitergegangen wird und dass ein Konjunkturpaket III aufgelegt wird. Dies ist eine große Hilfe für die besorgniserregende Finanzlage der Stadt. Das Konjunkturpaket III soll dazu dienen, die städtische Infrastruktur weiter zu sanieren und zu modernisieren.

Herr Börschel spricht der Verwaltung ein großes Lob dafür aus, dass die Mittel innerhalb der vorgegebenen Frist mit konzentrierter Kraft sinnvoll eingesetzt werden konnten. Er bittet, die Vergaberegularien aus der Erfahrung dieser Zeit zu verbessern.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass zum internen Vergabeprozess und in der Frage der Bausteuerung eine Neuorientierung geplant ist, die am 10.01.2012 im Stadtvorstand diskutiert und dann den Ausschüssen vorgestellt wird.

Herr Klipper dankt der Verwaltung und besonders auch der Kämmerei, die hervorragende Informationspolitik gegenüber dem Finanzausschuss in Bezug auf den Abarbeitungssach-

stand des Konjunkturpakets II geleistet hat. Er äußert Zweifel, ob ein Konjunkturpaket III zum jetzigen Zeitpunkt die gewünschte Wirkung zeigen wird.

Herr Sterck dankt ebenfalls der Verwaltung für die gute Umsetzung. Er weist daraufhin, dass durch die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II andere laufende Maßnahmen behindert wurden, die jetzt fortgeführt werden müssen.

Für Herrn Frank ist die Umsetzung viel unproblematischer erfolgt, als man vorher vermutet hätte. Er wünscht sich, dass die Investitionsfördermaßnahmen zum Städtebau und zum ÖPNV, die von der Bundesregierung in letzter Zeit eingestellt worden sind, wieder aufgelegt werden.

Er regt an, einen Weg zu finden, die regionalen Betriebe trotz der Vergaberegeln besser zu fördern. Hier hat es häufig schon Kritik der Handwerkskammer, der IHK u.a. gegeben.

Herr Oberbürgermeister Roters bedankt sich für das Lob.

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Akteneinsicht in die Unterlagen zu den Grundstücksverhandlungen Causemannstraße 5 in Köln-Merkenich 4574/2011

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B 5268/2011

Herr Granitzka lehnt die Anhebung der Grundsteuer als „Schneesteuer“ ab, da sie aufgrund der diesjährigen Wetterlage für die Bürger nicht einsichtig ist. Herr Klipper vermisst außerdem seitens der Verwaltung Einsparungsvorschläge zur Sanierung des Haushaltes.

Herr Sterck sieht die Anhebung ebenso wie die Einführung der „Bettensteuer“ und Anhebung der Gewerbesteuer als falschen Weg für die Stadt Köln. Er befürchtet für 2013 eine weitere Erhöhung. Seiner Meinung nach gibt es berechnete Zweifel an der politischen Legitimation der Beratung im Hauptausschuss, da die Vorlage im Rat mehrheitlich abgelehnt wurde.

Herr Frank betont, dass die Anhebung der Grundsteuer nichts mit der Optimierung des Winterdienstes zu tun habe. Sie ergäbe sich aus der schwierigen Finanzlage der Stadt und der zu erwartenden geringeren Gewerbesteuererinnahmen. Dies sei im letzten Finanzausschuss anhand von Zahlen dargelegt worden. Die Anhebung der Grundsteuer sei nur ein Element eines Sanierungspaketes. Diese Steuern seien nicht zweckgebunden.

Herr Uckermann bezweifelt die Rechtmäßigkeit der Behandlung dieser Vorlage im Hauptausschuss.

Frau Stahlhofen schließt sich den Äußerungen von Herrn Granitzka an. Sie sehe die Dringlichkeit der Vorlage nicht. Außerdem entspreche das Kräfteverhältnis im Hauptausschuss nicht dem im Rat, da die kleineren Fraktionen und Einzelmandatsträger hier kein Gewicht hätten.

Frau Stadtkämmerin Klug betont, dass die Verwaltung langfristig und verantwortlich für die Bürger Lösungen erarbeiten muss, um die finanzielle Lage der Stadt zu verbessern. Durch Anhebung der Grundsteuer, die jeden betrifft, wird eine gerechte Verteilung der Finanzlast erreicht und dem Gesamtdeckungsprinzip Rechnung getragen. Köln liegt mit 515 Prozentpunkten im guten Mittelmaß im Vergleich zu anderen Kommunen. Sie kündigt für den nächsten Finanzausschuss eine ausführliche Mitteilung der Verwaltung zu den verschiedenen Reformmodellen für die Grundsteuer an. Die Gesetzgebungskompetenz liegt hier beim Bund, und die Kommunen haben darauf keinen Einfluss.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW die Hebesatzsatzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze für das Jahr 2012 in der zu diesem Beschluss beigefügten paraphierten Fassung (Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und pro Köln beschlossen

4.1.2 Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Einführung eines verbundweiten SozialTickets 5153/2011/1

Herr Möring weist darauf hin, dass ein einheitliches Niveau der Preise im Verbund wünschenswert sei.

Frau dos Santos Hermann sieht das KölnPass-Ticket als Modell für das SozialTicket. Die Diskussion in der Verbandsversammlung werde sicher auch im Hinblick auf die Preisstruktur weitergeführt. Den Antrag der Linken sieht sie nicht als gerechtfertigt, da das 4er Ticket nicht weit verbreitet sei.

Herr Sterck spricht sich gegen einen Sonderweg der Stadt aus. Er beantragt über Alternative 1 als Änderungsantrag zur Vorlage abzustimmen.

Frau Stahlhofen begründet ihren Antrag damit, dass Arbeitslosengeld II-Empfängern lediglich 18€ pro Monat für Mobilität zur Verfügung stehen. Sie benötigten das 4er Ticket mehr als eine Monatskarte.

Herr Frank bittet, diesen positiven Schritt der Einführung eines SozialTickets im Verbund nicht zu zerreden. Auch er sieht das in der 80iger Jahren in Köln eingeführte KölnPass-Ticket als Vorlage für das jetzt im ganzen Verbundgebiet einzuführende SozialTicket. Solange der städtische Haushalt nicht belastet werde, sollte man die günstigere Variante beibehalten. Für die Folgejahre sollte dann überprüft werden, ob das Preisniveau gehalten werden könne.

Herr Oberbürgermeister Roters lässt erst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. abstimmen:

Beschluss:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Im Punkt 2, nach Satz 1 wird folgender Satz hinzugefügt:

Das ermäßigte Viererticket 1b kostet für Köln Pass Inhaber/innen 5,30 € statt 5,60 €.

Im Punkt 2, nach Satz 2, wird der folgende Satz hinzugefügt:

Ferner wird in die Betrauung aufgenommen, dass im Falle der wesentlichen Reduzierung oder des Wegfalls des VRS Mobilitätstickets die KVB ein Mobilitätsticket für Inhaber/innen des Köln Passes nach heutigen Modalitäten anzubieten hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

Dann lässt er über Alternative 1 als Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW der Einführung von rabattierten 4er- bzw. MonatsTickets in den Preisstufen 1a bis 5 zum 01. März 2012 gemäß Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg zu nachfolgend aufgeführten Preisen im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) zu:

Preise 2012	1a	1b	2a	2b	3	4	5
4erTicket MobilPass	4,60 €	5,60 €	5,60 €	7,70 €	9,90 €	15,20 €	22,40 €
MonatsTicket MobilPass	25,70 €	34,50 €	34,50 €	39,50 €	48,20 €	57,20 €	69,10 €

Bezugsberechtigt für dieses Ticketangebot ist die in den Richtlinien Sozialticket 2011 des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr vom 08.08.2011 benannte Zielgruppe (SGB II-Empfänger, SGB XII-Empfänger, Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz und Empfänger von Leistungen der Kriegsopferfürsorge). Darüber hinaus sind auch die übrigen Inhaber des KölnPasses (Geringverdiener, Wohngeldberechtigte etc.) berechtigt, das Ticketangebot MobilPass des VRS zu nutzen. Mit der Einführung der VRS-MobilPass-Tickets wird das Angebot von KölnPass-Tickets durch dieses Ticketangebot ersetzt.

1. Die Stadt Köln überträgt die Abwicklung der Förderung gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Sozialticket 2011) für den Zeitraum ab 01.03.2012 an den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Die Fördermittel sind zweckgebunden und vollständig tarifmindernd für das unter 1. genannte Ticketangebot einzusetzen.
2. Das Tarifangebot des MobilPasses ist gekoppelt und befristet an eine ausreichende Finanzausstattung durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

Danach wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss stimmt gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW der Einführung eines verbundweiten SozialTickets zum 01. März 2012 zu. Er nimmt die Einführung von rabattierten 4er- bzw. MonatsTickets in den Preisstufen 1a bis 5 gemäß Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg zu nachfolgend aufgeführten Preisen im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) zur Kenntnis:

Preise 2012	1a	1b	2a	2b	3	4	5
4erTicket MobilPass	4,60 €	5,60 €	5,60 €	7,70 €	9,90 €	15,20 €	22,40 €
MonatsTicket MobilPass	25,70 €	34,50 €	34,50 €	39,50 €	48,20 €	57,20 €	69,10 €

Bezugsberechtigt für dieses Ticketangebot ist die in den Richtlinien Sozialticket 2011 des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr vom 08.08.2011 benannte Zielgruppe (SGB II-Empfänger, SGB XII-Empfänger, Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz und Empfänger von Leistungen der Kriegsopferfürsorge). Darüber hinaus sind auch die übrigen Inhaber des KölnPasses (Geringverdiener, Wohngeldberechtigte etc.) berechtigt, das Ticketangebot MobilPass des VRS zu nutzen. Das Angebot von KölnPass-Tickets wird zum 01.03.2012 durch dieses Ticketangebot ersetzt.

2. In Anlehnung an das bisherige KölnPass-Angebot beschließt der Hauptausschuss einen Preis von **31,80 €** für das MonatsTicket MobilPass ausschließlich für das Stadtgebiet Köln (Preisstufe 1b). Die sich hieraus ergebenden nicht realisierten Verkaufserlöse (Differenz zwischen 34,50 € und 31,80 €) der Kölner Verkehrs-Betriebe AG sind vor dem Hintergrund der steuerrechtlichen und EU-beihilferechtlichen Anforderungen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008 aufzunehmen. Aufgrund der voraussichtlich höheren Zuweisung von Landesmitteln an den VRS wird der Vorstand der Kölner Verkehrs-Betriebe AG aufgefordert, zur Entlastung des gesamtstädtischen Haushalts eine angemessene Beteiligung an den verfügbaren Landesmitteln beim VRS zu erreichen.
3. Die Stadt Köln überträgt die Abwicklung der Förderung gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Sozialticket 2011) für den Zeitraum ab 01.03.2012 an den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Die Fördermittel sind zweckgebunden und vollständig tarifmindernd für das unter 1. und 2. genannte Ticketangebot einzusetzen.
4. Das Tarifangebot des MobilPasses ist gekoppelt und befristet an eine ausreichende Finanzausstattung durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion beschlossen

4.1.3 Aufweitung der Eisenbahnüberführungsbauwerke Luxemburger Straße und Zülpicher Straße 5139/2011

Herr Zimmermann beantragt, den letzten Absatz des Beschlussvorschlags zu streichen. Er will über die möglichen Chancen für die Querschnittserweiterung der Straßen einen Beschluss fassen, jedoch nicht über die anschließende Durchführung der Baumaßnahmen, da keine Informationen über die dafür entstehenden Kosten bekannt sind.

Herr Sterck weist auf den Denkmalschutz der Brücken und auf die bisher schlechte Erfahrung bei Vereinbarungen mit der Deutschen Bahn hin.

Herr Streitberger teilt mit, dass der letzte Absatz gestrichen werden kann und dass die Stadt nach Beschlussfassung eine Planungsvereinbarung mit der Bahn treffen wird. Damit legt sich die Stadt noch nicht verbindlich auf den erweiterten Bau der Anlagen fest. Die Stadt sollte diese Chance nicht verpassen, den Querschnitt der Straßen an den betreffenden Stellen erweitern zu können. Die Planungskosten seien jedoch, wenn die Baumaßnahmen nicht vorgenommen werden, umsonst ausgegeben worden.

Herr Klipper betont, dass die endgültige Entscheidung über den Bau der Brücken erst nach Vorliegen der Planung und der genauen Kosten noch per Beschluss der zuständigen Gremien erfolgen müsse. Die Zustimmung zu der Vorlage heute impliziere nicht eine Entscheidung über den erweiterten Bau der Brücken.

Herr Börschel fasst zusammen, dass Bedarf bestehe, die Straßenquerschnitte zu erweitern, jedoch der Zeitdruck, den die Bahn verursacht, fraglich sei. Er plädiert dafür, die Verwaltung gemäß des Beschlussvorschlages ohne den letzten Absatz zu ermächtigen, die Planungsvereinbarung mit der Bahn zu treffen. Er bittet die Verwaltung jedoch, dabei sorgfältig mit dem Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung umzugehen und so lange mit der Deutschen Bahn zu verhandeln, wie es irgend geht, um ein für die Stadt positives und eventuell kostenneutrales Ergebnis zu erzielen. In der Zwischenzeit sollte schnellstmöglich überlegt werden, was an dieser Stelle tatsächlich gewollt ist.

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung beschließen wir, dass die Verwaltung die DB AG beauftragt, in die Planungen zur Sanierung der DB-Brückenbauwerke über die Zülpicher Straße und Luxemburger Straße eine Erweiterung im Interesse der verkehrsgerechten Gestaltung des Straßenraumes aufzunehmen sowie die entsprechende Vereinbarung mit der DB AG nach Eisenbahnkreuzungsgesetz abzuschließen.

Außerdem soll in die Planungen der Bau eines zusätzlichen Bahnsteigzugangs von der Zülpicher Straße aus zum Bahnhof Köln Süd aufgenommen und im Zuge der Brückenerneuerung durch die DB AG umgesetzt werden.

Die Planungskosten in Höhe von 400.000 € sind im Haushaltsplanentwurf 2012 nicht enthalten. Die Finanzierung erfolgt haushaltsneutral im Teilergebnisplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze im Rahmen des bestehenden Budgetansatzes durch entsprechende Umschichtungen durch Reduzierung der Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens.

Die Verwaltung wird beauftragt, sorgfältig mit den Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung umzugehen und solange wie möglich mit der Deutschen Bahn zu verhandeln, um ein für die Stadt Köln möglichst günstiges und eventuell kostenneutrales Ergebnis zu erzielen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion beschlossen

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

II. Nichtöffentlicher Teil

6 Mitteilungen

6.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

I. Öffentlicher Teil

7 Mündliche Anfragen

Frau Stahlhofen fragt nach, was die Verwaltung im Hinblick auf die Schließung von Citroën in Porz zu tun gedenkt.

Frau Berg antwortet, dass das Dezernat an die Geschäftsleitung in Porz und Herr Oberbürgermeister Roters an die Geschäftsleitung in Paris geschrieben hat mit der Bitte, den Betrieb in Porz aufrecht zu erhalten. Am Donnerstag, den 12.01.2012 findet vor Ort ein Gespräch statt mit dem Ziel, das Unternehmen in Köln zu halten.

Gez.
Jürgen Roters
Oberbürgermeister

Gez.
Maria Lange
Schriftführerin